

ELISABETH GAUTHIER

DAS POLITISCHE SPEKTRUM ZWISCHEN DEKOMPOSITION UND REKOMPOSITION ZU DEN REGIONALWAHLEN IN FRANKREICH

Die Regionalwahlen vom März 2010 brachten mit 26,3 Prozent für Sarkozys UMP¹ und die Mehrheit nur mehr in einer der 22 Regionen Frankreichs (Elsass) für die parlamentarische Rechte das schlechteste Ergebnis seit Beginn der 5. Republik. Diesmal ging auch Korsika nach links – mit einem Bündnis, das einen Kommunisten zum Präsidenten der Regionalversammlung wählte.

Die Listen der Linken machten Regionalfragen, aber auch den notwendigen Widerstand gegen Sarkozys Reformen zum Thema. Einen großen Erfolg errang die Sozialistische Partei (PS), im ersten (29,5 Prozent²) und zweiten Wahlgang, in dem die linken Allianzen 54 Prozent und damit um 4 Prozent mehr als 2004 bei vergleichbaren Wahlen erzielten. Das Bündnis der Grünen «Europe Ecologie» (EE) – diesmal im 1. Wahlgang in den meisten Regionen mit einem autonomen Auftritt und nicht auf den von der PS angeführten Listen – kam auf ca. 13 Prozent³, ein klarer Fortschritt, aber wieder ein größerer Abstand zur PS als bei den Europawahlen (PS 16,8 Prozent und EE 16,3 Prozent). Die beiden Listen der extremen Linken – Lutte Ouvrière (LO) und Neue Antikapitalistische Partei (NPA) – erschienen infolge ihrer Weigerung gemeinsam mit der Linksfront (FdG) anzutreten, isoliert⁴, kamen nur auf 3,5 Prozent und erlitten im Gegensatz zu den Fortschritten von PS, EE und Linksfront, einen Misserfolg. Bayrou's Modem ging hart angeschlagen aus der Wahl hervor und konnte mit weniger als 5 Prozent nicht einmal die Fusion mit anderen Listen ins Auge fassen.

Zum zweiten Mal trat die Linksfront bei Wahlen an, erzielte mit rund 6 Prozent im Landesdurchschnitt und 6,9 Prozent als Durchschnitt⁵ in den 17 Regionen, wo FdG-Listen sich im ersten Wahlgang präsentierten, ein mit den Europawahlen (6,5 Prozent) vergleichbares Ergebnis. Sie wird nun als politische Realität wahrgenommen. Auf nationaler Ebene sind die Komponenten die FKP, die von ehemaligen Sozialisten um Jean-Luc Melenchon gebildete neue Partei der Linken (PG) und die Einheitliche Linke (GU), eine Abspaltung von der NPA, sowie auf regionaler Ebene unterschiedliche kleinere

Gruppierungen. In 4 Regionen wurden über 10 Prozent erreicht: in der Auvergne (14,3 Prozent) und im Limousin (gemeinsame Liste mit NPA) mit 13 Prozent im ersten und 19 Prozent im zweiten Wahlgang (wo keine Fusion mit der PS zustande kam, nachdem diese eine Beteiligung von NPA-Vertretern verweigert hatte). Obwohl durchschnittlich fast 80 Prozent der FKP in den regional durchgeführten Abstimmungen für die Bildung von FdG-Listen votiert hatten, sprachen sich in 5 Regionen meist knappe Mehrheiten für die Fortsetzung der bisher in den meisten Regionen üblichen Allianzen mit der PS bereits im ersten Wahlgang aus, was dort zu alternativen Listen ohne FKP führte.

Die rechtsextreme Front national (FN) trat wieder stärker in Erscheinung. Sie erhielt über 11 Prozent⁶ im ersten Wahlgang⁷, damit die Möglichkeit, in 12 Regionen im 2. Wahlgang im Rennen zu bleiben⁸ und Dreieckswahlen zu provozieren. Dort erreichte sie 15 – 20 Prozent, und in den beiden Regionen wo Le Pen – Vater und Tochter – Spitzenkandidaten waren, sogar über 22 Prozent. Diesmal kann aber nicht behauptet werden, dass die Linke nur auf Grund solcher Dreieckswahlen Mehrheiten erreichte, weil sie weit vor der UMP ankam. Sarkozy hatte zwar versucht, wie 2007 weiterhin die FN-Stimmen aufzusaugen und mit seinem «Minister für Immigration, Integration, nationale Identität und Entwicklung von Solidarität» Eric Besson (ehemals PS) im Jahr vor der

1 UMP insgesamt 27 Prozent. 20 Prozent bei 18–24-Jährigen und 38 Prozent bei über 60-Jährigen, 19 Prozent bei Angestellten und öffentlich Bediensteten, 17 Prozent bei Arbeitern und 15 Prozent bei Arbeitslosen. **2** Überdurchschnittlich Frauen (32 Prozent), Beschäftigte des öffentlichen Sektors (35 Prozent). **3** Überdurchschnittlich 25–34-Jährige (22 Prozent), Studenten (18 Prozent), Leitende Angestellte und Intellektuelle Berufe (18 Prozent). **4** Meinungsumfragen hatten für den Fall der Einheit aller links von der PS angesiedelten Kräfte ein Potenzial von 15 Prozent angegeben. Der Vorwurf der NPA insbesondere an die FKP war, sich in den Regionen an der Exekutive mit der PS zu beteiligen. Im Gegensatz zu Deutschland sind allerdings die französischen Regionen mit weitaus weniger Hoheit ausgestattet, und weder ihre Verwaltung noch die damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen haben vergleichbaren Stellenwert. **5** 7 Prozent bei Männern und 4 Prozent bei Frauen; 8 Prozent Arbeiter und 4 Prozent Angestellte. **6** Front National insgesamt 11 Prozent. 13 Prozent bei Männern und 9 Prozent bei Frauen, 15 Prozent bei Arbeitern, 16 Prozent bei Arbeitslosen und 19 Prozent bei Arbeitern. **7** Nach 15 Prozent bei den letzten Regionalwahlen, 10,5 bei den Präsidentschaftswahlen 2007 und 6,3 Prozent bei den Europawahlen. **8** Das ist möglich, wenn eine Liste mehr als 10 Prozent erreicht.

Wahl eine große öffentliche Debatte zur «nationalen Identität» lanciert, die sich aber für die UMP als erfolglos herausstellte. Die Kampagne arbeitete so sichtbar der FN zu und reduzierte die bereits sehr geringen positiven Meinungen für Sarkozy noch weiter, dass sie eingestellt werden musste.

Sehr bedenklich ist der neue Rekord der Wahlenthaltung mit 53,6 Prozent⁹ im ersten und 49 Prozent im zweiten Wahlgang, mit signifikanten Unterschieden je nach Wählergruppen.¹⁰ In Bezug auf die Präsidentschaftswahlen 2007 verteilt sich die Stimmenthaltung folgendermaßen: Le Pen 57 Prozent, Besançon 52 Prozent, Bayrou 51 Prozent, Sarkozy 50 Prozent, Voynet 47 Prozent, Royal 43 Prozent, Buffet 22 Prozent. Als Hauptgründe wurden angegeben, dass der Wahlkampf uninteressant war (32 Prozent), dass die Stimmabgabe nichts ändert (28 Prozent – bei den linksorientierten potenziellen Wählern am höchsten), dass keine Liste den Erwartungen entspricht (19 Prozent), dass einen die Politik nicht interessiert (17 Prozent).¹¹

Bei der ständigen Zunahme der Stimmenthaltung stellen die Jahre um 2000 einen Wendepunkt dar¹², als die Skepsis hinsichtlich der Wahlen zu- und das Schuldgefühl bei Nichtteilnahme abnahm. Braconnier/Dormagen studieren seit langen Jahren einige typische Fälle von Vorstädten, wo nicht nur bei den Europawahlen die Stimmenthaltung 80 Prozent gegenüber dem Durchschnitt von 60 Prozent betrug, sondern auch bei den unmittelbar greifbaren Gemeinderatswahlen 2008 höher lag (59 Prozent gegenüber 34 Prozent). Der FN hat in diesen Stadtteilen keinen Erfolg und blieb auch im Pariser Raum unter 10 Prozent. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Stimmenthaltung und Arbeitslosigkeit, niedrigerem Alter, Prekarität und niedrigem Bildungsniveau. Nur bei Wahlen mit einer besonders großen Intensität und Medienwirksamkeit kommt es zu verstärkter Mobilisierung, wie 2007 wo Sarkozy für die einen den gewünschten «Bruch» und die anderen eine große «Gefahr» darstellte. Wenn vielfach von «crise de citoyenneté» (Krise des Bürgersinns) gesprochen wird, sollte man die Frage vielleicht anders formulieren: Haben sich die Bürger von der Demokratie entfernt, oder hat nicht vielmehr die «Demokratie» (d.h. die derzeit existierenden Formen politischer Repräsentation) sie verlassen?

Der Moment der Wahlentscheidung macht deutlich, welche Listen die am wenigsten gefestigte Wählerschaft haben: Erst am Wahltag haben sich 35 Prozent der Wähler der Listen von LO und NPA sowie 29 Prozent vom Modem entschieden.¹³ Die Werte für eine Entscheidung erst wenige Tage vor der Wahl sind bei Europe Ecologie 34 Prozent und Modem 30 Prozent. Am meisten gefestigt erscheint die Wählerschaft von PS, UMP und FdG. Insgesamt haben von all jenen, die sich links oder extrem links fühlen, 7 Prozent extrem links, 11 Prozent FdG, 53 Prozent PS, 20 Prozent EE und 0 Prozent Modem gewählt. Im Verhältnis zu den Präsidentschaftswahlen hat sich am stärksten die Wählerschaft des NPA-Vorsitzenden Besançon aufgespalten (35 Prozent LO oder NPA, 18 Prozent FdG, 29 Prozent PS, 12 Prozent EE). Die PS konnte sich auf Wähleranteile von Ségolène Royal (67 Prozent), Besançon (29 Prozent), Bayrou (26 Prozent), Buffet (19 Prozent) und FN (10 Prozent) stützen. EE bekommt Stimmen von Voynet (69 Prozent), Bayrou (22 Prozent), Royal (14 Prozent) und Besançon (12 Prozent). Modem kann nur 15 Prozent der Bayrou-Stimmen halten. Bei der UMP kommen diesmal 20 Prozent der Wähler von Bayrou, aber nur 2 Prozent von Le Pen an.¹⁴

Einerseits tobt also zwischen UMP, PS und EE der Kampf um die Stimmen der Mitte, wobei Modem zerrieben wurde, und andererseits um die Frage des Aufbaus einer «Mitte», die in der PS und bei EE Teil der strategischen Diskussion ist. Eines der Wahlziele der Linksfront war, die PS auf linke Bündnisse, d.h., ohne Modem, zu zwingen. Das wurde auf Grund der Ergebnisse und der verstärkten Polarisierung Links/Rechts erreicht. Für die weitere Entwicklung innerhalb der Linken und innerhalb der PS ist diese Tatsache von größter Bedeutung. Im 2. Wahlgang zeigen die Intentionen der Wähler,¹⁵ dass FdG- und PS-Wähler zu 98 Prozent links wählen. Gleiches gilt rechts für UMP-Wähler. Von den FN-Wählern gehen 30 Prozent nach links, bei Modem 54 Prozent nach links und 46 Prozent nach rechts, bei EE 78 Prozent nach links und 22 Prozent nach rechts, bei NPA 82 Prozent nach links und 18 Prozent nach rechts, bei LO-Wählern 69 Prozent nach links und 31 Prozent nach rechts.

Das Hauptmotiv für die Teilnahme an der Wahl in den Regionen bei allen und insbesondere den linken aber weit weniger bei grünen und Modem-Wählern die Frage der Beschäftigung. Die Frage der Steuern bewegte vor allem UMP- und FN-Wähler (43 Prozent und 38 Prozent) gegenüber nur 7 Prozent bei FdG- und 16 Prozent PS-Wählern. Die Frage der öffentlichen Dienstleistungen ist links sehr präsent, aber rechts/extrem rechts sehr schwach besetzt. Das Interesse an den Wahlen ist herausragend stark bei FdG-Wählern (68 Prozent) gegenüber Wählern von PS 48 Prozent, von EE 42 Prozent, von UMP und extremer Linker 39 Prozent und FN 38 Prozent. Womit sehr deutlich wird, dass der Einfluss der FdG bisher auf stark politisierte Menschen beschränkt bleibt.

Die für die Rechte katastrophalen Ergebnisse berechtigen zu der Frage, ob die Regionalwahlen eine Wende in der französischen Politik darstellen. Auch seither geht die Zustimmung zu Sarkozys Politik zurück. Während über zwei Drittel damit unzufrieden sind, denken ebenso viele, dass auch die Linke keine besseren Lösungen für die Krise anzubieten hat. Nur in den allerletzten Wochen scheint die Glaubwürdigkeit der Linken wieder etwas zu steigen, wobei wohl der nach links verschobene Diskurs der PS dazu einen Beitrag leistet.

Die detaillierte Analyse der jüngsten Wahlen lässt eine Reihe politischer Beobachtungen zu. Die Wahlenthaltung trägt zumindest zu einem signifikanten Teil Klassencharakter. Die Verunsicherung der Wähler, die tatsächlich ihre Stimme abgeben, ist groß. Aktive Zustimmung zu den unterschiedlichen Optionen ist nur in sehr geringem Maße festzustellen. Die Polarisierung links/rechts besteht weiterhin und ist mobilisierbar. Keine politische Kraft kann bisher dauerhaft Wähler aus der Mitte binden. Die am meisten bedrohten Bevölkerungsschichten wählen eher Parteien, von denen angenommen wird, dass sie dem Staat eine schützende Funktion zuerkennen. Weiterhin spielt im Kontext einer geringen Glaubwürdigkeit der Linken die Positionierung «pro» oder «kontra»

9 37 Prozent bei den Regionalwahlen 2004 10 Im 1. Wahlgang 47 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen; 67 Prozent der 18–24-Jährigen gegenüber 39 Prozent der über 60-Jährigen. 62 Prozent der Arbeiter und Angestellten, 66 Prozent der Arbeitslosen. http://www.opinion-way.com/pdf/sondage_opinionway_fiducial_-_jour_du_vote.pdf / 14. März 11 http://www.opinion-way.com/pdf/sondage_opinionway_fiducial_-_jour_du_vote.pdf / 14. März 12 Interview mit Céline Braconnier und Jean-Yves Dormagen, Demobilisierung bei Wahlen und politische Segregation: die Erfahrungen der französischen Regionalwahlen. In Zeitschrift Transform! 06/2010 (Ausgabe in französischer Sprache). 13 Im Vergleich zu 11 Prozent bei Linksfront, 14 Prozent PS, 15 Prozent UMP, 20 Prozent FN 14 http://www.opinion-way.com/pdf/sondage_opinionway_fiducial_-_jour_du_vote.pdf / 14. März 15 http://www.ifop.com/media/poll/1106-1-study_file.pdf // 16.3

Sarkozy eine große Rolle. Die historische Wahlschlappe zwingt Sarkozy und die UMP dazu, vorsichtiger mit den Protesten gegen zu viel Ungerechtigkeit umzugehen, hindert sie aber nicht daran, ihre Politik im Wesentlichen weiterzuführen. Von keiner linken Kraft wird bisher ein als solches erkennbares alternatives politisches Projekt vorgelegt. Die weitere Entwicklung von EE ist nicht absehbar. Die FdG ist zwar im politischen Raum erkennbar, kann aber bisher nur die am stärksten Politisierten mobilisieren und weitere Spaltungen links der PS nicht überwinden.

Insgesamt scheint also die politische Situation als relativ offen und die 2002 begonnene Phase der Rekombination der politischen Kräfte keineswegs abgeschlossen. Was die große Krise betrifft, so befinden wir uns in der Phase der Zuspitzung der Krise der öffentlichen Schulden, womit Staat und politisches System in die vorderste Reihe gerückt und heftigen Belastungen ausgesetzt sind. Es muss also mit viel Instabilität und heftigen Konfrontationen gerechnet werden.

In Frankreich ist die Legitimität des Neoliberalismus bereits seit Mitte der 90er Jahre hart angeschlagen, was sich insbesondere beim Europa-Referendum 2005 deutlich gezeigt hat. So musste Sarkozy, um die Wahl 2007 gewinnen zu können, einen «Bruch» mit den herrschenden Ungerechtigkeiten ankündigen und im Wahlkampf seinen politischen Voluntarismus glaubwürdig machen. Energisches politisches Handeln, die Reformierung des Kapitalismus wurden großgeschrieben.¹⁶ Angesichts des heute massiv deutlich gewordenen Scheiterns des Neoliberalismus versucht der Präsident mit allen Mitteln den Anschein energischen politischen Eingreifens aufrechtzuerhalten. Das geschieht durch entsprechende Auftritte in Europa, wohl demnächst als Vorsitzender von G20 und G7, oder auch tagtäglich in Fragen der «inneren Sicherheit» oder Polemiken wie um die Burka. Innerhalb der UMP kommt es zu Auseinandersetzungen, zum Beispiel ob die zu Gunsten der Reichsten organisierte Steuerreform von 2007 aufrechterhalten werden kann. Neue rechte Anwärter für die Präsidentschaftskandidatur versuchen einen mehr sozial bzw. mehr gaullistisch gestimmten Diskurs zu entwickeln.

Der Legitimitätsverlust von Neoliberalismus und Sarkozy-Herrschaft, das verstärkte Bewusstsein von Klassenunterschieden und Bedrohungen durch die große Krise führten bisher nicht zu einer neuen Legitimität der Linken. Allerdings erscheint nach den Regionalwahlen die Präsidentschaftswahl 2012 offener als bisher, und die verschiedenen Kräfte der Linken versuchen auf unterschiedliche Weise die Bresche zu erweitern. Aber weiterhin scheinen Charakter, Tiefe und Explosivität der Krise von allen Organisationen der Linken völlig unterschätzt zu werden, so dass eine politisch klare und mobilisierende Argumentation und Aktion nicht zustande kommt. Statt z.B. eine klare politische Alternative zum derzeitigen Verlauf der Schuldenkrise aufzuzeigen, in der sich alle Krisenfaktoren konzentrieren und sich die allgemeine Krise für den Großteil der Bevölkerung schmerzlich konkretisiert, werden nur Teilaspekte zum Gegenstand politischer Debatten gemacht.

Wie in anderen Ländern sieht sich die französische Linke mehr oder weniger bewusst mit der Frage konfrontiert, wie mit einer Situation umzugehen ist, da sich der herrschende Block in großen Schwierigkeiten befindet, aber sich bisher gegen ihn keine Kräfte für eine neue kulturelle Hegemonie formieren. Wie aus der Situation der Schwäche herauskommen? Muss die Aufgabe nicht so fundamental formuliert

werden, wie es Frank Deppe tut, wenn er meint die Herausforderung dieses ersten Abschnittes unseres Jahrhunderts bestünde im Wiederaufbau der in der Phase des Neoliberalismus weitgehend zerstörten Linken?¹⁷ Wobei die Fragen der Transformation, des Übergangs zu einer anderen Wirtschaft und Verfasstheit der Gesellschaft und damit die Politik selbst neu zu definieren sind, wie das jetzt in einer immer größeren Anzahl von Texten und Arbeitsprozessen angesprochen wird.¹⁸

In der französischen Linken gibt es widersprüchliche Bewegungen. In der PS ist seit der Übernahme der Parteiführung und insbesondere seit den Regionalwahlen sowie angesichts der Krise ein Schwenk zu einem mehr sozial geprägten Diskurs in Gange. Es herrscht das Bewusstsein vor, dass die Wähler aus den Volksschichten die sich seit Mitterrands Wende zum Neoliberalismus 1983 mehr und mehr von der sogenannten «Regierungslinken» (PS, FKP) entfernt haben, zurückgewonnen werden müssen, wenn eine Mehrheit angestrebt werden soll. Aubry steht für linke Bündnisse, nachdem Royal nach dem Vorbild von «demokratischen Parteien» es mit dem Zentrum versuchen wollte. Zwei Drittel der PS-Wähler sind für linke Bündnisse, insbesondere unter Einbeziehung von EE. Eine grundsätzliche Erneuerung der Kritik der herrschenden Verhältnisse hat aber nicht stattgefunden, so dass in zentralen Fragen die politischen Aussagen wenig überzeugend bis widersprüchlich wirken. Intensiver wird die Erneuerung der Partei betrieben, um sie wieder verstärkt in die Nähe der Wähler zu bringen (z.B. Abbau der Häufung von Mandaten). Die öffentliche Meinung soll mittels Primärwahlen im Herbst 2011 in Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 2012 mobilisiert werden. Für die PS-Kandidatur bleibt allerdings weiterhin der Direktor des IWF Dominique Strauss-Kahn im Spiel, womit der Versuch eines verstärkt linken Diskurses an Glaubwürdigkeit verliert. Die potenziellen linken Bündnispartner zeigen sich über eine derartige Eventualität äußerst beunruhigt. Vieles wird nicht nur von internen Kräfteverhältnissen sondern auch von sozialen und politischen Entwicklungen abhängen

Was EE betrifft, so hat Dany Cohn Bendit die Bildung einer «politischen Genossenschaft» (coopérative) als neue politische Form vorgeschlagen, in der einerseits die als Partei konstituierten Grünen sowie die bei den Europa- und Regionalwahlen neu Hinzugekommenen gemeinsam arbeiten sollten. Es steht offen ob die Grünen dabei ihren Platz finden können, und vor allem, ob die sehr unterschiedlichen Ausrichtungen sich dauerhaft einigen lassen. Cohn Bendit ist konsequent in seiner Blickrichtung zum Zentrum, während sich die Grünen in den letzten Jahren klar in Richtung der Linken positioniert haben. Bezüglich der politischen Ökologie findet man sehr unterschiedliche Ausrichtungen, vom grünen Kapitalismus bis zu linken Ansätzen, wobei allerdings die aktive Unterstützung einer Ökosteuer auf den Energieverbrauch bei sozial schwachen Schichten auf großen Unmut stieß. Ein globales politisches Projekt ist nicht in Sicht. Insgesamt wird versucht, das allgemein verbreitete «Krisengefühl» zu nutzen und die Zivilisationskrise vor allem auf Umweltfragen zuzuspitzen.

¹⁶ Siehe Joachim Bischoff / Elisabeth Gauthier, Sarkozy und die Hegemonie des Neoliberalismus. In: Supplement Sozialismus 12/2007 ¹⁷ Gespräch in Espaces Marx, Paris 3. Juni 2010 ¹⁸ Siehe ua das Projekt von Transform «Strategische Fragen der Europäischen Linken», www.transform-network.org

Die FKP hält Mitte Juni ihren 34. Parteitag ab. Auf diesem außerordentlichen Parteitag soll nicht nur mit Pierre Laurent ein neuer Nationalsekretär gewählt, sondern auch überprüft werden, wo die Partei bei der Realisierung ihrer vor eineinhalb Jahren gesteckten Ziele, vor allem beim Aufbau politischer Bündnisse und dem Umbau der Partei, steht. In der sehr «ungeliebten» Frage des Umbaus ist sie nicht viel weitergekommen, und mancherorts verändern sich die Dinge weit mehr in der Praxis als in einer formalisierten Konzeption. Der Austritt von 200 Persönlichkeiten – unter ihnen sehr anerkannte wie Lucien Sève – wirft ein Schlaglicht auf weiterhin ungelöste Probleme, z.B. was die Anerkennung des Einzelnen oder die Diversität als Notwendigkeit für das Kollektiv betrifft, aber auch die allgemeinere Frage, wie heute eine transformatorische Organisation konzipiert werden sollte.

Beim Lesen der «Abschiedsbriefe» der Ausgetretenen kann man viele Momente teilen, insbesondere, dass das Scheitern einer gemeinsamen Kandidatur 2007 die 2005 entstandene Hoffnung auf eine Öffnung der Partei zerstört und für viele zum Bruch geführt hat. Allerdings ist bedauerlich, dass gerade zu einem Zeitpunkt, da die Parteimitglieder mehrmals klar und massiv ihren Willen zu einem Neuaufbau gezeigt haben, manche keinen anderen Weg als «raus aus der Partei» sehen. Tatsächlich hat die FKP nach 1989 keine organisatorische Spaltung wie andere Parteien erlebt, aber der Abschied vom Dogmatismus hat zunächst zu Pragmatismus und dem Deckeln politischer und ideologischer Auseinandersetzungen geführt. Auf einem solchen Weg sind weder der Respekt vor anderen Meinungen noch Einheit zu erreichen.

Was die Arbeit an politischen Initiativen und die Schaffung von Bündnissen betrifft, so sind widersprüchliche Erfahrungen aufzuarbeiten: der Sturz der Regierung der Gauche plurielle 2002, eine neue positive und breit anerkannte Rolle der FKP beim Referendum über die Europäische Verfassung 2005, das Scheitern einer gemeinsamen antiliberalen Kandidatur und der Schock der 1,93 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen 2007, der Aufbau von Kampf-Fronten gegen die Rentenreform heute, gegen die Privatisierung der Post gestern, und seit 2008 die Arbeit an einer Linksfront mit der Absicht ein linkes Projekt aufzubauen und dafür eine Mehrheit zu gewinnen. Das bedeutet eine von der PS autonome, aber nicht gegen die PS gerichtete Formation. Es scheint sich in der FKP eine klare Mehrheit für die Weiterentwicklung der Linksfront herauszubilden, und das nicht nur bei Wahlen, wobei die Unruhe spürbar ist, was denn dabei aus der FKP werden soll. Die FKP erklärt, weder eine neue Partei wie «DIE LINKE» werden, noch lediglich ein Organisationskartell bilden zu wollen. Es soll beschlossen werden, eine dauerhafte Koordination der FdG einzurichten, um konkrete Aktionen insbesondere gegen die Krise führen zu können. Weiter soll eine Vereinigung gebildet werden, in deren Rahmen Interessierte (aus sozialen Bewegungen Gewerkschafter, engagierte Bürger, Intellektuelle), die nicht Mitglieder einer der drei Parteien der FdG sind, aktiv werden können.

Mit der PG gibt es viele Gemeinsamkeiten, aber auch politische und kulturelle Unterschiede. Die PG ist eine gut organisierte, übersichtliche Partei (derzeit ca. 6.000 Mitglieder), die zentralisierter arbeitet als die heutige FKP. Sie hat die Bildung einer neuen politischen Formation zum Ziel. Sie zeigt als neue Partei mehr Energie und Ehrgeiz, als sich das im allgemeinen bei der FKP finden lässt. Diese verfügt aber über eine viel

stärkere Verankerung (ca. 66.000 beitragszahlende Mitglieder; ca. 11.000 auf FKP-Plätzen gewählte Abgeordnete) und will sich weiter als kommunistische Partei bewegen.

Die künftige Entwicklung der NPA ist unbestimmt. Die interne Auseinandersetzung über die strategischen Entscheidungen – die Ablehnung des Angebots, am Bündnis der FdG teilzunehmen – scheinen heftig und ihr Ausgang offen. Die Frage wird sein, ob die NPA sich auf Protest und soziale Bewegungen beschränkt, oder akzeptiert, beim Kampf um gesellschaftliche Hegemonie mitzuwirken. Eine entscheidende Frage in dieser Auseinandersetzung ist auch, ob eine neue linke Sichtweise der Beteiligung an Institutionen auf der Basis einer erneuerten Kritik des Staates und einer kreativen Konzeption von Demokratie erarbeitet werden kann.

Auch der Linken mangelt es an Vorbereitung auf die große Krise. Oft vermischen sich Elemente einer altermondialistischen Kritik der Finanzmärkte und einer überholten Kapitalismuskritik. Es sollte versucht werden, in Anbetracht der Schuldenkrise auf die Bildung eines neuen gesellschaftlichen Blocks hinzuwirken, um den Gefahren von Spaltungen auf Grund von Verteilungskämpfen in den unteren Schichten der Gesellschaft entgegenzuwirken und Alternativen zu eröffnen. Das kann nur auf einer «Klassenlinie» passieren, wenn es gelingt, die Schwächsten und die Mittelschichten in einer gemeinsamen Auseinandersetzung mit den dominanten Kräften zusammenzubringen.

Derzeit sammeln sich beträchtliche Kräfte gegen die geplante Rentenreform, wobei gemeinsam von Gewerkschaftern, linken Parteien und Teilen der PS, sozialen und altermondialistischen Bewegungen hunderte Debatten im ganzen Land organisiert werden, womit auch den nächsten Demonstrationen zugearbeitet werden soll. Die Erfahrungen zeigen allerdings, dass es in Frankreich die Mobilisierung von Millionen und einer großen Entschlossenheit organisierter Berufsgruppen braucht¹⁹ wenn ein Regierungsprojekt zu Fall gebracht werden soll. Und das allein bedeutet noch nicht, eine Alternative durchzusetzen.

¹⁹ Maryse Dumas (CGT), in einer Konferenz bei Espaces Marx, April 2010

Elisabeth Gauthier ist Direktorin der linken französischen Stiftung «Espaces Marx» und Mitherausgeberin der europäischen Zeitschrift «Transform».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de